

# Kein Bürgergeld mehr für Ukrainer?

Ja, sagt der CDU-Politiker Thorsten Frei: Die hohen Leistungen hielten Flüchtlinge von der Arbeit ab – und vom Kriegsdienst. Die grüne Sozialexpertin Stephanie Aeffner entgegnet: Diese Forderung ist brandgefährlich und beruht auf einem Denkfehler

Das Gespräch moderierten **Simon Langemann** und **Stefan Schirmer**

**DIE ZEIT:** Herr Frei, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine bekommen in Deutschland Bürgergeld. Sie haben gesagt, das muss sich ändern. Warum?

**Thorsten Frei:** Es ist schizophoren: Wir unterstützen einerseits ein Land, das um seine Existenz kämpft und dafür Geld, Waffen, aber eben auch dringend Soldaten benötigt. Andererseits versorgen wir in Deutschland mehr als 200.000 ukrainische Männer im wehrfähigen Alter mit Bürgergeld. Das ist ein Dilemma, von dem ich finde, dass man sich kritisch damit auseinandersetzen sollte.

**Stephanie Aeffner:** Mit Verlaub, Herr Frei, das ist brandgefährlich, wie Sie diese Debatte führen. Sie schüren eine Stimmung gegen ukrainische Geflüchtete, die vor einem brutalen Krieg fliehen. Ja, wir müssen alles tun, um die Ukraine zu unterstützen. Gleichzeitig ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in unserer Verfassung verbrieft. Menschen, die fliehen, weil sie Angst haben, im Krieg zu sterben, werden mit Sicherheit nicht an die Front gehen, nur weil sie 100 Euro weniger Sozialleistungen bekommen.

**Frei:** Ich glaube, eines Ihrer großen Probleme ist, dass Sie jeder Debatte, die Ihnen nicht gefällt, die Legitimation absprechen, statt sich den Dilemmata zu stellen. Gerade das hat das Potenzial, eine Gesellschaft zu spalten. Ich argumentiere nicht mit Schaum vor dem Mund. Wir in der Union finden genau wie die Grünen, dass die Bundesregierung der Ukraine durchaus früher und substanzieller mit Waffen hätte helfen müssen. Dass wir die Ukraine nicht ausreichend unterstützen wollten, muss ich mir nicht vorwerfen lassen.

**ZEIT:** Aber?

**Frei:** Die Frage ist, ob Deutschland es richtig gemacht hat. Von den 4,2 Millionen Ukrainern, die vor dem Krieg in die EU geflüchtet sind, leben 1,1 Millionen bei uns in Deutschland. Zum Juni 2022 hat die Ampelregierung einen sogenannten Rechtskreiswechsel beschlossen. Dadurch erhalten Ukrainer nicht nur die hohen Leistungen des Bürgergeldes, sie werden auch voll in das Gesundheitssystem integriert. Die etwa 5,5 bis 6 Milliarden Euro jährlich, die das kostet, fehlen zur anderweitigen Unterstützung der Ukraine.

**Aeffner:** Leider ist Ihr Argument nicht zu Ende gedacht. Ihre CDU-Kollegin Ursula von der Leyen, die EU-Kommissionspräsidentin, hat mit dafür gesorgt, dass wir für Geflüchtete aus der Ukraine zum ersten Mal die sogenannte EU-Massenzustrom-Richtlinie aktiviert haben. Demnach haben sie einen Anspruch auf eine umfassende Gesund-

heitsversorgung. Würden wir ihnen das Bürgergeld streichen und auf ein Asylverfahren bestehen, müssten wir sie in das Asylbewerberleistungsgesetz aufnehmen. Als Kriegsflüchtlinge würde ihr Asylgesuch sehr schnell anerkannt, danach bekämen sie doch wieder Bürgergeld. Und das würde andere Probleme aufwerfen.

**ZEIT:** Welche?

**Aeffner:** Anstelle der Krankenversicherungen müssten die Kommunen bis zur Entscheidung über das Asylverfahren die Gesundheitsversorgung finanzieren. So ist das geregelt. Herrn Freis Vorschlag würde den Kommunen massive Kosten aufbürden. Der Verwaltungsaufwand wäre enorm. Jede einzelne medizinische Leistung müsste abgerechnet werden.

**Frei:** Ich halte es für richtig, dass die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert und dieser Tage bis 2026 verlängert wurde. Das Asylbewerberleistungsgesetz lässt aber zu, dass Sozialleistungen in den ersten drei Jahren des Aufenthalts unter dem Niveau des Bürgergelds liegen. Der Rest ist eine deutsche Binnendiskussion. Man kann das auch ohne größere Bürokratie organisieren.

**Aeffner:** Das stimmt so nicht. Die Kürzungen sind nur möglich, wenn das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Im Fall der Ukrainer wäre das aber sehr schnell der Fall. Sie bekämen einen Aufenthaltstitel, und in diesem Moment erhielten sie die vollen Leistungen.

**ZEIT:** Herr Frei, ein alleinstehender Ukrainer erhält 563 Euro Bürgergeld, Asylbewerbern stehen 460 Euro zu. Glauben Sie, wegen dieser Kürzung geht jemand an die Front?

**Frei:** Nein, natürlich nicht. Es geht einfach darum, wie wir die Ukraine unterstützen. Das ist ein Dilemma: Wie unterstützen wir Schutzsuchende, ohne den ukrainischen Staat in seinem Abwehr-

kampf zu brüskieren? Zu Beginn des Krieges im Jahr 2022 lag der Anteil von Männern im wehrfähigen Alter bei etwa sieben Prozent. Heute sind es 28 Prozent. In der EU halten sich schätzungsweise 650.000 wehrfähige Ukrainer auf. Die Staaten gehen damit sehr unterschiedlich um. Insbesondere Nachbarstaaten wie Polen unterstützen die Ukraine dabei, auf diese Männer zuzugreifen zu können.

**ZEIT:** Sollte Deutschland das auch tun?

**Frei:** Das verlange ich nicht. Ich fordere nur, nichts zu tun, was die Situation für die Ukraine verschärft. Man muss schon darauf hinweisen, dass wir mit unseren Sozialleistungen ein Stück weit den ukrainischen Willen konterkarieren.

**Aeffner:** Damit sagen Sie doch: Sie glauben, dass die 100 Euro ein Anreiz sind, in Deutschland zu

bleiben.

**Frei:** Nein, nur dass wir nicht riskieren dürfen, die Situation weiter zu verschlechtern. Sie, Frau Aeffner, gehören einer Koalition an, die den Bundeshaushalt nicht zusammenhalten kann und permanent über neue Schulden spricht. Beträge, die man einsparen könnte, kümmern Sie wenig.

**Aeffner:** Wie wir ukrainische Männer behandeln, darf doch keine Haushaltsfrage sein! Es ist übrigens rechtlich auch nicht möglich, Männer anders zu behandeln als Frauen. Indem Sie über Sozialleistungen debattieren, riskieren Sie, dass in der deutschen Gesellschaft die Unterstützung für Menschen schwindet, die vor einem schrecklichen Krieg fliehen.

**ZEIT:** Herr Frei, die Skepsis angesichts der Unterstützung der Ukraine ist in den ostdeutschen Bundesländern besonders groß. In drei davon wird im Oktober gewählt. Zielen Sie mit Ihrer Forderung auch auf den Wahlkampf?

**Frei:** Nein. Die CDU/CSU hat an keiner Stelle einen Zweifel daran gelassen, dass wir alles tun möchten, um die Ukraine zu unterstützen. Wir haben dreimal im Bundestag namentlich über die Lieferung von Marschflugkörpern abstimmen lassen. Obwohl wir die Stimmungslage in der Bevölkerung kennen, haben wir uns als Opposition immer mit voller Kraft dafür eingesetzt. Aber es ist doch ein Problem, dass die vergleichsweise hohen Sozialleistungen dazu führen, dass in Deutschland relativ wenige ukrainische Flüchtlinge arbeiten. Nur etwa 20 Prozent. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat für Schweden und Großbritannien Anteile von 56 Prozent errechnet. In Dänemark liegt die Arbeitsmarktintegration bei 81 Prozent.

**ZEIT:** Frau Aeffner, tut die Ampel zu wenig, um die Ukrainer in den Arbeitsmarkt zu integrieren?

**Aeffner:** Herr Frei schlägt vor, dass wir die Menschen ins Asylbewerberleistungsgesetz schieben. Die Konsequenz wäre: keine Unterstützung mehr durch die Jobcenter bei Arbeitsvermittlung und Qualifizierung. Mir ist völlig schleierhaft, wie das helfen soll, mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

**Frei:** Das eine schließt das andere nicht aus. Sie könnten als Koalition geringere staatliche Leistungen verknüpfen mit mehr Bemühungen auf dem Arbeitsmarkt. Wir müssen endlich offener im Denken werden. Mit dem »Jobturbo« für Geflüchtete haben Sie das immerhin versucht – durch mehr unmittelbare Ansprache, mehr Vermittlungsarbeit. Ich kenne ein Unternehmen in meinem Wahlkreis, das darüber ein ukrainisches Ehepaar vermittelt bekam. Aber das ist leider nur eine erfreuliche Ausnahme. In den vergangenen zwölf Monaten ist nur ein Prozentpunkt mehr der Ukrainerinnen und Ukrainer in den Arbeitsmarkt gekommen.

**ZEIT:** Warum ist der Anteil der geflüchteten Ukrainer, die arbeiten gehen, in Deutschland so niedrig?

**Aeffner:** Das liegt vor allem daran, dass wir auf

eine langfristige Arbeitsmarktintegration setzen. Fast drei Viertel der Geflohenen aus der Ukraine haben Hochschulabschlüsse. Viele in Berufen, die bei uns Mangelware sind. Das sind Erzieherinnen, Lehrer, Fachkräfte aus Medizin und Technik. Wir sorgen mit Sprachkursen dafür, dass sie in naher Zukunft in ihren qualifizierten Berufen arbeiten können und ohne Sozialleistungen auskommen. Das nutzt ihnen – aber auch uns als Gesamtgesellschaft, der massiv Fachkräfte fehlen. Wir könnten auch auf kurzfristige Erfolge setzen und die Menschen in Helferjobs vermitteln. Dann gäbe es aber Drehtüreffekte. Vor allem Alleinerziehende, die nicht voll arbeiten können, müssten oft ergänzend Sozialleistungen beziehen.

**Frei:** Es reicht nicht, immer nur auf die Langfristentwicklungen hinzuweisen. Das Jobcenter in meiner Heimatstadt hat erst im November wieder Plätze in Sprach- und Integrationskursen frei, diese dauern mindestens sechs Monate. Das heißt: Die Menschen sind schon ein Jahr und länger in Deutschland, bevor sich ihnen die Jobfrage stellt. Dabei ist Arbeit, auch gering qualifizierte, das beste Mittel für die Integration, auch für den Spracherwerb. Ein Kriegsflüchtling kann durchaus tags-

über arbeiten und abends noch Deutsch lernen. Und ganz viele sind dazu auch bereit.

**Aeffner:** Sie fordern etwas, das wir, wie Sie richtigerweise sagen, längst tun. Wir haben schon mehr Geflüchtete aus der Ukraine in Arbeit gebracht als andere Länder überhaupt aufgenommen haben: rund 170.000 Menschen.

**Frei:** Aber 723.000 ukrainische Flüchtlinge beziehen Sozialleistungen.

**Aeffner:** Von 1,1 Millionen, die zu uns gekommen sind. Darunter sind allein 350.000 Kinder und viele Frauen, für die wir bessere Kinderbetreuungsangebote schaffen müssen. Und: Viele Ukrainer sind sehr wohl bereit, in gering qualifizierte Jobs zu gehen. Im Januar waren immerhin 33 Prozent der Beschäftigten in Helfertätigkeiten.

**ZEIT:** Ihre Strategie, die Menschen zunächst zu qualifizieren, geht aber nur dann auf, wenn die allermeisten Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine dauerhaft bei uns bleiben.

**Aeffner:** Die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sagt heute, dass sie dauerhaft bleiben will. Es lohnt sich, in die Qualifikation dieser Menschen zu investieren.

**Frei:** Wer bei uns als Ärztin arbeiten will, muss hinreichend Deutsch verstehen. Aber das schließt doch nicht aus, dass man Arbeit, etwa in der Pflege, und Spracherwerb kombiniert. Unser Umgang mit solchen Fragen ist bisher zu schematisch und bürokratisch. Aus meiner Sicht ist klar, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer auch wieder in ihr Heimatland zurückgehen, wenn der Krieg vorbei ist. Dort werden sie dringend für den Wiederaufbau gebraucht. Und ich glaube, die Deutschen werden in Zukunft auch nur dann bereit sein,

Kriegsflüchtlinge unbürokratisch und großzügig aufzunehmen, wenn klar ist, dass sie ihr Gastrecht nur für die Dauer des Kriegs nutzen.

**ZEIT:** Ist es eigentlich gerecht, Frau Aeffner, dass Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine mit dem Bürgergeld bessergestellt sind als etwa jene aus Syrien?

**Aeffner:** Ich kann verstehen, dass manche das als eine Ungleichbehandlung empfinden. Es ist aber tatsächlich keine. Beide wechseln ins Bürgergeld, wenn sie ihren Aufenthaltstitel haben. Und das ist

bei den Menschen aus der Ukraine aufgrund der Massenzustrom-Richtlinie von Anfang an sofort klar.

**ZEIT:** Herr Frei, umgekehrt die Frage an Sie: Jeder anerkannte Flüchtling aus Syrien bekommt nach Abschluss des Asylverfahrens Bürgergeld. Warum wollen Sie die Ukrainer schlechterstellen?

**Frei:** Meine Kritik ist eine generellere: Wir bieten Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, mehr soziale Leistungen als jedes andere Land in der EU. Mit der Folge, dass die weitaus meisten Asylanträge in der EU bei uns gestellt werden. Letztes Jahr waren es 350.000. Dieses Jahr laufen wir auf 300.000 Asylanträge zu. Damit leistet Deutschland den Löwenanteil an den Aufgaben bei der Migration in Europa. Und das finde ich

ungerecht.

**ZEIT:** In 15 Monaten ist Bundestagswahl. Wie gut können Sie sich nach diesem Gespräch vorstellen, die deutsche Sozial- und Migrationspolitik gemeinsam als schwarz-grüne Bundesregierung zu gestalten?

**Frei:** Offen gesagt, da fehlt mir jedes Vorstellungsvermögen. In zentralen Fragen, von der Sozial- und Wirtschaftspolitik bis zu Energie und Migration, wollen viele Menschen einen grundlegenden Politikwechsel. Mit den Grünen ist ein solcher Politikwechsel nicht möglich. Das zeigt auch unser Gespräch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es nach der Bundestagswahl zu einer Koalition mit den Grünen kommen kann. Jedenfalls nicht mit den Grünen in ihrer heutigen Verfassung.

**Aeffner:** Die Aussage finde ich sehr spannend, weil wir in einigen Bundesländern, unter anderem in unser beider Heimat Baden-Württemberg, miteinander regieren. Und in einer Demokratie müssen wir mit Wahlergebnissen umgehen. Wir können ja nicht so lange wählen lassen, bis uns das Ergebnis passt und wir eine Mehrheit mit unseren Wunschkoalitionspartnern haben. Deshalb finde ich es wahnsinnig schade, wie die Union sich gerade an uns Grünen abarbeitet.